

Eine Weltmacht
verharrt im Wartestand

Europa im Sturm der Globalisierung

Friedbert Pflüger

War der 11. September ein Weckruf? Wenn ja, dann haben die Europäer ihn gründlich verschlafen. Bis heute ist es schwer zu glauben: Zum ersten Mal in ihrer Geschichte erklärt die NATO den Bündnisfall – und der „erste Krieg des 21. Jahrhunderts“ findet weitgehend ohne die Allianz statt. Ganz zu schweigen von der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU oder der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), die sich als das entpuppt hat, was sie eben (noch) ist: ein nicht ernst zu nehmender Papiertiger. Auch nach dem 11. September gibt es in Europa weder gemeinsames außenpolitisches Handeln noch gemeinsames strategisches Denken.

Europäer im Abseits?

Wie im militärischen Kampf gegen den internationalen Terror stehen die Europäer längst auch in der Auseinandersetzung um die globalen Folgen des 11. September im Abseits – und riskieren dabei, in dieser Schlüsseldebatte, die längst von militanten Globalisierungsgegnern und Liberalismuskritikern instrumentalisiert wird, an den Rand gedrängt zu werden. Dabei haben die Anschläge in Amerika gezeigt, dass gerade Europa bevorzugte Operationsbasis und mögliches Ziel für die islamistischen Terroristen war und ist. Im Netzwerk des weltweit organisierten Terrorismus stand der alte Kontinent nie im Abseits – ganz im Gegenteil!

Aber noch fehlt es in Europa an strategischem Denken in globalen Kategorien.

Wie das Russland Präsident Putins müsste Europa die Chance ergreifen, um sich in der Weltpolitik neu zu positionieren. Dazu braucht es viel „neues Denken“, Mut und Vision. Der alte Kontinent muss aufwachen und seinen Blick weit über den europäischen Tellerrand hinaus auf die globalen Realitäten richten. Denn die „Eine Welt“ von morgen macht vor der Wohlstandsinsel Europa nicht Halt. Gerade die hoch technisierten Gesellschaften Europas sind durch das Chaos der neuen „Weltunordnung“ mit seinen vielen Risiken besonders bedroht – vor allem weil sie diese Bedrohung immer noch nicht klar erkennen!

Doch in dieser „Weltunordnung“ kann sich kein einzelner Staat, nicht einmal Europa als Ganzes, als Insel der Seligen behaupten. Der Sturm der Globalisierung, der immer schnellere Wandel, die völlig neuen Herausforderungen, die er für die Staaten der Welt bedeutet, lassen Europa nur eine Chance: Es muss aus seinem bisherigen Rang als Weltmacht im Wartestand heraustreten und politisch, wirtschaftlich und militärisch geeint globale Verantwortung übernehmen.

Vor allem muss Europa sich endlich aktiv in die Globalisierungsdebatte einschalten. Denn beides ist wahr: Die Globalisierungsdebatte hat unmittelbare Relevanz für Europa; andererseits hat das „Modell EU“ aber auch direkte Relevanz für den Umgang mit der Globalisierung. Es mag heute noch übertrieben erscheinen, wenn Manager wie der Chairman von *McKinsey Europe* Herbert A. Henzler die

EU bereits als „Modell“ für die weltweite Ausdehnung der kapitalistischen Wirtschaftsweise („Globalisierung im Kleinformat“) propagieren oder wenn, auf der anderen Seite des politischen Spektrums, die deutsche SPD-Linken von der europäischen Integration als Vorbild für eine internationale „Wirtschaftsdemokratie“ träumt. Eines jedoch ist klar: Als größter Binnenmarkt der Welt muss die EU in der Globalisierungsdebatte zukünftig eine sichtbarere Rolle spielen. In einer global vernetzten Welt, in der „Netzwerkstaaten“ das Modul von morgen bilden, ist Europa doch vor allem eines: ein politisch, wirtschaftlich und sozial verknüpftes Super-Netz! Allein als solches muss es seine eigenen Akzente setzen.

Bei der Auseinandersetzung mit dem Sturm der Globalisierung helfen den Europäern weder Wunschenken noch übertriebene Panikmache. Gefordert ist eine kühle und differenzierte Analyse der neuen globalen Fragen in ihrer unmittelbaren Relevanz für Europa. Diese muss bei einigen grundsätzlichen Überlegungen ansetzen, die sich seit dem 11. September mit neuer Aktualität aufdrängen.

Rückfall in nationale Eitelkeiten

Dies beginnt mit einem typisch europäischen Paradox: Einerseits hat der 11. September gezeigt, dass der einzelne Nationalstaat die Menschen letztlich vor nichts mehr schützen kann. Selbst der mächtigste Staat der Welt, die USA, braucht ein weltweites Bündnis, um gegen den globalen Terror vorzugehen. Und Europa? In der EU feiern die nationalen Regierungen seit dem 11. September wieder fröhliche Urstände. Statt eines koordinierten europäischen Vorgehens ein lächerlicher Rückfall in nationale Eitelkeiten: Briten, Deutsche, Franzosen, Italiener und Spanier, alle spielten sich als weltpolitische Akteure auf, ohne zu merken, wie marginal ihre Rolle war – und marginalisierten dabei die Institutionen, in denen allein sie

letztlich internationales Gewicht hätten entfalten können.

Integration und Identität

Ein anderer Widerspruch, aus dem viele Ängste vor der Globalisierung herrühren, ist den Europäern nur zu bekannt: das dialektische Verhältnis von Integration und Identität. Was die Menschen heute weltweit fühlen, wissen wir Europäer seit Jahrzehnten: Auch im Rahmen einer EU-Fünfte, die immer vernetzter, offener und mobiler wird, sucht der Einzelne „im Kleinen“ verstärkt Halt und Geborgenheit. Den Widerspruch zwischen Globalisierung, europäischer Integration und lokaler Verwurzelung so zu lösen, dass dies zum Wohl der Menschen in Europa geschieht, ist eine der historischen Aufgaben Europas im 21. Jahrhundert. Sie ist der zentrale Auftrag des neuen europäischen Reform-Konvents, der im März 2002 zusammentritt. Es geht um Laptop und Lederhose, um Hightech und Heidschnucke. Wenn Europa diese Aufgabe erfolgreich bewältigt, könnte es tatsächlich ein zukunftsweisendes Modell werden – dafür, wie Gesellschaften durch Integration und Annäherung lernen können, verschiedene Identitätsebenen neben- und miteinander zu leben.

Auch in anderer Hinsicht hat das Modell Europa wegweisende Züge: Ist Globalisierung nicht erst einmal ein Synonym für die Freizügigkeit von Menschen, Meinungen, Informationen, Gütern und Dienstleistungen – all jenen Freiheiten, die die Kernidee der europäischen Einheit ausmachen? Aber gerade wir Europäer wissen, dass Integration und Gerechtigkeit untrennbar miteinander verbunden sind. Auch global muss bei aller notwendigen Liberalisierung ein ausgleichender Ordnungsrahmen geschaffen werden, der für Solidarität und Gerechtigkeit sorgt. Dabei sind die Sozial- und Umweltstandards der EU, vor allem aber die gigantische (allerdings dringend re-

„Der alte Kontinent muss aufwachen und seinen Blick weit über den europäischen Tellerrand hinaus auf die globalen Realitäten richten.“ (Friedbert Pflüger)
Die Flaggen der Natomitgliedsstaaten in Brüssel.

Foto: ACDP



formbedürftige!) EU-Umverteilungsmaschinerie gute Beispiele für das, was jetzt für die ganze Welt diskutiert wird: Handel und Grenzverkehr zu liberalisieren und gleichzeitig einen supranationalen Ordnungsrahmen einzuführen, um Wohlstandsgefälle zu überbrücken.

Auch für die militanten Schwarzseher unter den Globalisierungsgegnern hätte die EU Antworten parat. Die Europäer wissen, dass Integration immer Chancen *und* Risiken mit sich bringt – dass aber zumeist die Chancen überwiegen. So war es mit dem europäischen Binnenmarkt, so ist es derzeit mit der Erweiterung der EU. Immer hat sich das populistische Spiel mit der Angst als falsch oder kurz-sichtig erwiesen. Gerade die Europäer, die vom globalen Kapitalismus profitieren, müssen darauf hinweisen, dass die Globalisierung auch weltweit nicht nur negative Folgen hat – im Gegenteil: 76 Prozent der Erwachsenen der Erde können heute lesen, 1990 waren es erst 64

Prozent. In 84 Ländern erreichen die Menschen ein Durchschnittsalter von 77 Jahren, 1990 nur in 55 Ländern. Drei Fünftel der Weltbevölkerung leben heute in Demokratien, 1990 waren es weniger als ein Drittel. Auch viele islamische Länder, wie beispielsweise Tunesien, haben sich erfolgreich entwickelt. Zwischen 1965 und 1995 sind islamische Volkswirtschaften durchschnittlich sogar schneller gewachsen als andere Entwicklungsländer. Halbe Wahrheiten helfen in der Debatte über die Globalisierung niemandem weiter.

Globales Ungleichgewicht

Andererseits muss sich Europa verstärkt den neuen globalen Ungleichgewichten stellen. Trotz aller positiven Entwicklungen schließt der Aufbruch in eine globale Welt ganze Teile der Weltbevölkerung aus, die mangels Kapitals und Technologie zu einer „Vierten Welt der Ausgeschlossenen“ (US-Soziologe Manuel

Castells) zu werden drohen. Dieses „schwarze Loch“ hat Europa zu lange ignoriert. Dabei bedroht es die Sicherheit in eben dem „südlichen Krisenbogen“, von dessen Instabilität heute für Europa die meisten Risiken ausgehen. In dieser Zone zwischen Balkan, Kaukasus, Nahem Osten und Nordafrika, unmittelbar an der Peripherie Europas, entsteht die Nahtstelle für das Gespenst einer „geteilten Welt“. Mit der Erweiterung rückt die EU in direkte Nachbarschaft zu diesem explosiven Stabilitätsgefälle. Die Risiken gehen weit über den internationalen Terrorismus hinaus: Flüchtlingsströme, Migration, blockierte Verkehrs- und Handelswege – all diese Gefahren erlauben Europa einfach keine „strategische Abstinenz“ mehr.

Ebenso wahr ist allerdings, dass die größte Armut in der Dritten Welt nicht in den Ländern herrscht, die sich der globalen Wirtschaft öffnen, sondern in Ländern, die sich nach außen abschotten. Unermüdlich weist der Schriftsteller Mario Vargas Llosa darauf hin, dass die Globalisierung vor allem dort für die Menschen zum Fluch wird, wo ihnen Demokratie und Menschenrechte vorenthalten werden. Seine Heimat Peru, aber auch Kuba, Myanmar, Sierra Leone, Niger, Ruanda und vor allem das Afghanistan der Taliban – die Verliererstaaten sind eben jene, die *nicht* in das globale Handels- und Entwicklungsnetz eingespannt sind beziehungsweise waren. Alle Studien zeigen, dass die Entwicklungsländer, die auf Handel und Export setzen, in den letzten Jahrzehnten ein vielfach höheres Wachstum verzeichnet haben als „geschlossene“ Staaten. Globalisierung, sagt der *Economist* etwas zugespitzt, ist also auch der Unterschied zwischen Nord- und Südkorea. Für politische Denker wie Mario Vargas Llosa folgt daraus als wichtigste Lehre „die unbedingte Notwendigkeit, die Demokratie zu globalisieren, und nicht etwa, die Globalisierung abzuschaf-

fen.“ Auch dies sollte sich Europa auf seine Fahnen schreiben.

Damit folgt für die Europäer eine Reihe konkreter Handlungsoptionen. Konkret erfordert Globalisierung von der EU

- die Fortentwicklung der Außen- und Sicherheitspolitik;
- eine neue Politik von Dialog und technischer Hilfe gegenüber der Dritten Welt;
- eine Schlüsselrolle bei der globalen Handelsliberalisierung und Marktöffnung;
- die aktive Mitwirkung an einem neuen Ordnungsrahmen für die Globalisierung.

„Partnership in leadership“

Erstens: Zunächst muss Europa endlich entscheiden, ob es internationale Verantwortung übernehmen und auch militärisch tragen kann. Europäisches Ziel sollte es sein, mit Amerika jene „Partnership in leadership“ zu entwickeln, die George Bush sen. 1989 Deutschland angeboten hatte. Dazu ist jedoch eine Reihe substanzieller Struktur- und Integrationsfortschritte nötig:

Noch ist der Weg zu einer kohärenten EU-Außen- und -Sicherheitspolitik weit. Lange vor dem Nahen Osten wird er sich erst einmal in Mazedonien und auf dem Balkan beweisen müssen. Doch ist dies die Zeit, um zumindest endlich klare Ziele für ein besseres internationales Profil Europas zu formulieren. Dazu braucht die EU vor allem so etwas wie einen europäischen „Außenminister“. Das permanente Verwirrspiel diplomatischer Vielfachvertretungen der EU muss ein Ende haben. Die Funktionen des EU-Außenkommissars Chris Patten und des Hohen Repräsentanten der EU Javier Solana sollten in Personalunion von einer Persönlichkeit geführt werden. Ein solcher wirklicher „Mr. (Mrs.) GASP“ sollte gleichzeitig den ständigen Vorsitz des Permanent Security Committee der ESVP überneh-

men. So bald wie möglich sollte auch ein Ständiger Rat der EU-Verteidigungsminister eingerichtet werden. Außerdem müsste aber der britische und französische Sitz im UN-Sicherheitsrat abwechselnd „europäisiert“ werden.

Vor allem aber müssen in Europa die nationalen und europäischen Verteidigungsanstrengungen neu überdacht werden. Mehr Sicherheit ist auch für Europa nicht zum Nulltarif zu haben! Die Funktion der künftigen europäischen Schnellen Eingreiftruppe von 60 000 Mann sollte weitergedacht werden: Warum sollte sie nicht bald auch erste Aufgaben im Rahmen der kollektiven Verteidigung übernehmen?

Öffnung betreiben

Zweitens: Daneben muss die EU in der Debatte um die Liberalisierung des Welt Handels eine sichtbarere Rolle übernehmen. Nicht umsonst haben sich die islamistischen Terroristen die beiden Türme des World Trade Center als Ziel ausgesucht. Aber wie US-Handelsminister Robert B. Zoellik sagt, fördert der internationale Handel eben auch die zentralen Werte der westlichen Welt: Offenheit, friedlicher Austausch, Demokratie. Je mehr Integration in die weltweite Arbeitsteilung, je mehr Handel stattfindet, desto besser geht es den Entwicklungsländern. Aber das ist nicht nur eine Anforderung an sie, sondern vor allen Dingen eine Anfrage an die reichen Industriestaaten, die Märkte endlich so zu öffnen, wie sie es in der Uruguay-Runde versprochen haben – also auch für Textil- und Agrarprodukte aus der Dritten Welt. Auch wir müssen verstehen, dass der von uns so überzeugt propagierte Welthandel keine Einbahnstraße sein darf.

Der Start einer neuen Welthandelsrunde, die im November in Doha beschlossen wurde, bietet vor allem für die Entwicklungsländer ungeheure Chancen. Aber wenn Doha wirklich zur „Ent-

wicklungsländer-Runde“ werden soll, müssen die reichen Staaten bereit sein, Opfer zu bringen. Wenn wir wissen, dass viele unserer Zollschränken (in der EU, aber auch in Amerika, Kanada oder Japan) eine Art unfairer Protektionismus sind, der den komparativen Vorteil der Entwicklungsländer zunichte macht, können wir nicht an ihnen festhalten. Dasselbe gilt für viele Subventionen, die es den Ländern der Dritten Welt unmöglich machen, mit eigenen Produkten auf dem Weltmarkt zu konkurrieren. Die globalen Realitäten schaffen für die EU doch genau den Reformdruck, den sie in diesen Jahren dringend braucht!

Anstatt die Augen vor dem Unvermeidbaren zu verschließen, von den Entwicklungsländern Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards einzufordern, nur um letztlich an ihren eigenen Einfuhrquoten festzuhalten, sollte die EU in der Doha-Runde das Gegenteil tun: sich an die Spitze der Kräfte zu stellen, die für Marktöffnung und Liberalisierung auf Seite der reichen Staaten eintreten. Der Einsatz könnte sich lohnen: Von einer weiteren Handelsliberalisierung könnten die Entwicklungsländer 155 Milliarden Dollar jährlich profitieren, meint WTO-Chef Mike Moore – mehr als dreimal so viel wie die 43 Milliarden Dollar, die jährlich an Entwicklungshilfe gezahlt werden. Mit dem Außenhandelskommissar Pascal Lamy hat die EU einen kompetenten und weit blickenden Vertreter. Immerhin ließ er sich in Doha auf das Greenpeace-Schiff *Rainbow Warrior* bringen, das die Kataris nicht an Land lassen wollten, um das Gespräch mit den Umweltaktivisten zu suchen. Mit diesem Geist des Dialoges kann sich die EU in den kommenden Auseinandersetzungen bestens profilieren.

Internationale Sozialhilfe

Drittens: Doch freier Handel kann und wird nie alles sein, im Gegenteil: Die Welt braucht darüber hinaus eine Art interna-

tionale Sozialhilfe. Diese muss bewusst und gesondert geleistet werden. Gerade die EU muss sich verstärkt der Belange der Bevölkerungsteile annehmen, die von den globalen Handels- und Wachstumsprozessen abgekoppelt bleiben, mit allen verheerenden Folgen. Die ärmsten Länder in Afrika, der Andenregion und anderen Teilen der Welt brauchen weiterhin – und vermehrt – wirtschaftliche und technische Hilfe, um aus dem Teufelskreis von *failing states* auszubrechen. Es ist im ureigensten Interesse der entwickelten Staaten, dass das „Schwarze Loch“ der Globalisierung nicht weiter wächst. Die Weltwirtschaft braucht ein gesundes Fundament. Dazu gehört, dass der Markt nicht nur eine unsichtbare Hand, sondern auch ein Herz braucht. Dieses Herz, manche sprechen von „Compassionate Globalisation“, muss sich als Erstes darin zeigen, dass die internationale Entwicklungshilfe, die in den letzten zehn Jahren insgesamt um 45 Prozent (!) zurückgegangen ist, in großem Maßstab wieder auflebt. Von großer Symbolkraft wäre es, wenn zu sehen wäre, dass das Ziel des UN-Millenniumsgipfels 2000 – die weltweite Armut bis zum Jahr 2015 zu halbieren – erfüllt wird. Außerdem haben die OECD-Staaten längst zugesagt, 0,7 Prozent ihres Bruttosozialproduktes für Entwicklungshilfe auszugeben. Auch dabei sollten die EU-15-Staaten mit gutem Beispiel vorangehen. Das gilt nicht zuletzt für Deutschland, das unter der rot-grünen Koalition den Anteil des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) am Bundeshaushalt auf 1,46 Prozent absenkte. Der Anteil des BMZ-Haushaltes am Bundeshaushalt betrug vor fünf Jahren 1,72 Prozent.

Daneben muss die EU selbst ein eigenständigeres Profil entwickeln. Sie sollte nicht nur als weiterer Geldgeber neben den Projekten der einzelnen EU-15-Staaten wahrgenommen werden, sondern als

Koordinator und internationaler Akteur, möglichst mit einem (einer) eigenen „Mr. (Mrs.) Global Development“. Eine kohärentere europäische Entwicklungspolitik sollte dabei klare Prioritäten setzen. Dies beginnt damit, dass die EU sich gezielt für einen generellen Schuldenerlass für die am schlimmsten betroffenen Länder einsetzt. Daneben sollte die technische und medizinische Hilfe für die Bekämpfung von Krankheiten und Seuchen, vor allem der verheerenden Aids-Epidemie in Afrika stehen, die die Sozialstrukturen ganzer Bevölkerungen bedroht. Vorrangiges Ziel eines europäischen Dritte-Welt-Engagements sollte jedoch die Förderung von technischer Hilfe sein, die für den Anschluss der armen Staaten der Welt an die globalisierte Welt ausschlaggebend sein wird. Solange 23 Prozent der Menschen nicht lesen und schreiben können, solange ganze Regionen ohne Strom und Telefonverbindungen bleiben, haben solche Länder keine Chance.

Eine von der G8 in Auftrag gegebene Studie von internationalen *Dot-Force*-Experten hat den Weg aufgezeichnet, der von beiden Seiten gegangen werden muss: Die Entwicklungsländer müssen ihre Anstrengungen darauf konzentrieren, einen nationalen Sektor für Informations- und Kommunikationstechnik aufzubauen; für die Industriestaaten heißt die Aufgabe: mehr Beratung und mehr internationale Arbeitsteilung. Die Chancen sind enorm: „Die digitale Revolution hat die Kraft, eine nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung anzustoßen“, heißt es in diesem Bericht. Die EU hat die idealen Voraussetzungen, um an vorderster Front an dieser Entwicklung mitzuwirken – sie muss sie nur nutzen!

„Global Governance“

Viertens: Auch im Ringen um ein neues internationales Regelwerk muss sich die EU an vorderster Front platzieren. Die Verhinderung einer „Geteilten Welt“ ist

die weltpolitische Ordnungsaufgabe des 21. Jahrhunderts. Für die Schaffung einer neuen Internationalen Sozialen Marktwirtschaft brauchen wir weltübergreifende Institutionen, die das leisten, was unsere nationalen und internationalen Strukturen nicht mehr leisten können: fairen Wettbewerb, ökologische Mindeststandards, gerechte Arbeitsbeziehungen, aber auch die internationale Währungspolitik in globalem Maßstab zu regeln. Der 11. September hat klar gezeigt, dass der globale Markt niemals die höchste Weltinstanz sein kann, dass die Risiken der „Einen Welt“ nur durch ein globales – politisches, wirtschaftliches und militärisches – Macht- und Regierungssystem bewältigt werden können. In der ersten Phase der Globalisierung hat sich die Politik fatalerweise abkoppeln lassen. Die zweite Phase muss im Zeichen von *Global Governance* erfolgen.

Die Welt braucht eine neue kollektive Führung, keinen Club der reichen Staaten, sondern eine geschlossene globale Interessengemeinschaft, die alle Schwellen- und Entwicklungsländer, aber auch den zivilen Sektor mit seinen vielen internationalen Nichtregierungsorganisationen umfasst. Die weltweite Anti-Terror-Allianz nach dem 11. September ist ein eindrucksvolles Beispiel, wie der Druck einer globalen Bedrohung die Staaten zusammenschweißen kann. Die Chancen für internationale Zusammenarbeit sind gewachsen. Dabei gilt es zunächst, existierende globale Institutionen zu nutzen. Die WTO, die internationale Arbeitsorganisation ILO, der Währungsfonds, die Weltbank, die Vereinbarungen von Rio und Kyoto, jetzt Marakesch – das sind erste Ansätze für einen solchen Ordnungsrahmen.

Darüber hinaus müssen jedoch auch neue weltstaatliche Strukturen geschaffen werden. Der Vorschlag für eine neue G8 aus regionalen Organisationen (wie EU, NAFTA, Mercosur) des belgischen

Premiers Verhofstadt weist in eine interessante Richtung. Dies gilt auch für die Idee einer „Global Governance Group“, wie sie die Kommission der katholischen Bischofskonferenzen der EU (ComECE) unter Vorsitz des Hildesheimer Bischofs Josef Hohmeyer ins Spiel gebracht hat. Diese würde sich aus 24 Regierungschefs, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, den Generaldirektoren von Währungsfonds, Weltbank, Internationaler Arbeitsorganisation und WTO sowie der geplanten Weltumwelt-Organisation zusammensetzen. Diese Gruppe soll alle Staaten, so Hohmeyer, der universalen politischen Gewalt ein wenig näher bringen.

Immer wieder erfolgt von allen Seiten der Hinweis auf die Europäische Union. Hohmeyer sieht in ihr ein Modell dafür, dass es möglich ist, in einem größeren geografischen Rahmen Nationen dauerhaft zu befrieden, allgemeingültige Wertmaßstäbe aufzubauen und durchzusetzen. Aber auch Politikwissenschaftler Benjamin Barber, der mit seiner These von einem „Djihad vs. McWorld“ eine kontroverse These vertritt, sieht in der Europäischen Union ein Vorbild für einen neuen „Internationalen Gesellschaftsvertrag“, wie ihn die globale Welt nötig hat.

Und die Europäer selbst? Will man sich das vorstellen? Die Augen der Welt sind auf Europa gerichtet – aber die Europäer schauen weg ... Nein, die Europäer müssen sich der historischen Herausforderung der Globalisierung stellen! Als erfolgreiches, supranationales Netz muss sich die EU an der Suche nach innovativen Regelungswerken in einer global vernetzten und interdependenten Welt aktiv beteiligen. Ihr ureigenstes Interesse gebietet es ihr, den Weckruf zu hören und im 21. Jahrhundert als selbstständiger Akteur auf die globale Bühne zu treten. Nach EURO, EU-Erweiterung, Verfassungsvertrag liegt darin die zentrale Aufgabe der Alten Welt in diesem Jahrzehnt.